



BORIS RHEIN
HESSISCHER MINISTERPRÄSIDENT

EINGANG
21. FEB. 2023
F23-048

Deutsche Polizeigewerkschaft
Landesverband Hessen
Rheinstraße 99
65185 Wiesbaden

Wiesbaden, 14. Februar 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihr Schreiben vom 24. Januar dieses Jahres danke ich Ihnen.

Nach intensiven Verhandlungen haben wir, das Land und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, uns im Oktober 2021 auf ein umfangreiches Tarifpaket geeinigt. Wir waren uns bewusst, einen fairen Kompromiss mit einem ordentlichen Ergebnis in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gefunden zu haben. Der Tarifabschluss sowie die Corona-Sonderzahlungen erkennen messbar, dass die Corona-Pandemie zu höheren Belastungen im Dienstbetrieb, aber auch zu höheren Kosten für die hessischen Bediensteten geführt hat.

Richtig ist aber auch, dass wir die jüngste Entwicklung nicht vorhersehen konnten und sie daher bei den Tarifverhandlungen auch nicht Gegenstand der Gespräche war. Gemeinsam haben wir uns aber darauf verständigt, Rechts- und Planungssicherheit sowohl für die Beschäftigten des Landes als auch für das Land bis Ende Januar 2024 zu schaffen. Mit unserer Tarifeinigung haben wir gemeinsam vereinbart, den Tarifvertrag bis zum Ende der Laufzeit inhaltlich nicht zu verändern.

Ich denke, dass ein Tarifvertrag jenseits dieser rechtlichen Konsequenzen auch eine stillschweigende Vertrauensübereinkunft darstellt, die eigene Vereinbarung dem Vertragspartner gegenüber nicht in Frage zu stellen.

Auch wenn Hessen bisher stabil durch die Krise gekommen ist, können die Auswirkungen Ihrer Forderungen, die sich auf deutlich mehr als eine halbe Milliarde Euro belaufen würden, auf den Landeshaushalt nicht ausgeklammert werden. Die Generationengerechtigkeit zu wahren ist für unser Land Auftrag und Verpflichtung. Der von Ihnen geforderte Ausgleich allgemeiner Lebenshaltungskosten im Rahmen von Entgeltsteigerungen ist klassischerweise Gegenstand von Tarifverhandlungen und diesen vorbehalten.

Mit freundlichen Grüßen



Boris Rhein